

lich und billig, und ich möchte sogar sagen, Schuldigkeit des Staates sei, etwas für die Communen zu thun, wie auch der Herr Staatsminister des Innern zu erkennen gegeben hat, daß dies in solchen Fällen immer geschehen sei, und auch ferner geschehen werde. Sehr oft fehlte es nur an einer kleinen Schleuse, an einer Brücke, an einer Entschädigung für Kiefland u. s. w. In einem solchen Falle ist mit einem kleinen Quantum oft viel ausgerichtet worden. Aus diesen Gründen bin ich der Majorität beigetreten, daß man das Quantum von 10,000 Thlr. auf 20,000 Thlr. erhöhen möge. Ich bin zwar der Meinung, daß auf eine bestimmte Summe wenig ankomme; aber ich kann mich nicht überzeugen, daß durch diese Bewilligung die Sache in einen schlimmern Stand komme, als sie früher war. Es hängt immer von dem Ministerium, von den Kreisdirectionen und den Amtshauptleuten ab, welche Unterstützung sie bewilligen oder vorschlagen wollen. Sie haben vorher zu prüfen, die Sache genau zu untersuchen und es versteht sich, daß sie nicht mehr bewilligen werden, als nothwendig ist. Die Hauptsache scheint mir bei diesem Antrage nicht die Summe zu sein, die man ausspricht, sondern der Wunsch, daß die Staatsregierung sich der Communicationswege sorgfältig annehmen möge. Es ist in dieser Sache allerdings das Meiste an Ort und Stelle zu thun, und es hängt das Meiste von der Thätigkeit des Amtshauptmannes ab. Wenn er sich um die Wege bekümmert, viel an Ort und Stelle ist, den Communen Vorschläge thut, ihnen Rath ertheilt und ihnen Hoffnung giebt, daß bei der Ausführung ihnen eine kleine Unterstützung aus der Staatskasse zu Theil werde, so wird in Kurzem viel ausgerichtet werden. Deshalb bin ich für die Erhöhung des Postulats und kann den Wunsch nicht unterdrücken, daß die Staatsregierung fortfahren möge, sich thätig der Communicationswege anzunehmen und die Communen zu diesem Zwecke zu unterstützen.

Referent v. Thielau: In der That scheint es mir doch darauf anzukommen, was man für Ansprüche an die Communicationswege machen kann. Der Chausseebau erfordert sehr bedeutende Kräfte, er erfordert Kräfte, die die einzelnen Communen nicht leisten können, und weshalb sich der Staat verpflichtet erachtet hat, die Chausseen auf seine Kosten, und nicht auf Kosten der Communen herstellen zu lassen. Aber auch hierbei handelt der Staat nicht, wie man es von den Communen verlangt, daß sie nämlich die Wege unentgeltlich sollen herstellen und unterhalten, sondern der legt Chausseehäuser an, und verlangt eine Vergütung für den Aufwand, den er macht. Betrachten Sie das Verhältniß der Communen zu dem des Staates. Der Staat läßt sich die Wege bezahlen, die Communen sollen nichts bekommen, selbst in Fällen, wo oft die Communen bei Herstellung dieser Wege gar kein Interesse haben. Die Grundsätze, welche hier zum Theil ausgesprochen worden sind, führen dahin, den Bau der Chausseen als eine Sache darzustellen, welche den Staat künftig sehr überlasten, und der mithin kein Vorschub zu leisten sein werde. Dieser Ansicht hat sich die Minorität der Depu-

tation nicht anschließen können. Die Unterhaltung der Chausseen und die Anlegung derselben ist eine der ersten Quellen der Nationalwohlfahrt und die Summen, welche darauf verwendet werden, sind gewiß auf das Wohlthätigste verwendet, was auch für Ausgaben sonst auf das Budget gebracht werden mögen. Von der Anerkennung der Wichtigkeit der Erleichterung des Transportes werden Ihnen noch große Beweise auf diesem Landtage abgefordert und keine kleine Bewilligung zu diesem Zweck in Anspruch genommen werden. Ich bin der Ueberzeugung, daß nie und unter keiner Voraussetzung die Communicationswege den Ansprüchen entsprechen können, die man jetzt an dieselben macht. Man hat gesagt, daß die jetzigen Wege ein Hinderniß in dem Fortschreiten des Nationalwohlstandes seien, man hat erklärt, daß sie ein Schrecken für alle Gewerbetreibenden wären, und daß es durchaus nothwendig erscheine, diese Wege so in Stand zu setzen, daß das Gewerbe zu jeder Zeit darauf den Transport ermöglichen könne. Das leugne ich ab. Die Communicationswege sind nicht zu diesem Zwecke da. Der Staat hat die Verpflichtung, von einer Stadt zur andern eine stets fahrbare Verbindung herzustellen, nicht gerade, daß diese direct von einer Stadt zur andern gehe, das würde dem Staat soviel kosten, daß der Zweck auf der einen Seite durch die Ueberlastung der Staatskasse auf der andern Seite vernichtet werden könnte, wohl aber in der Art, daß man von einer Stadt zur andern, auf Chausseen, wenn auch mit Umwegen gelangen könne. Die Absicht kann aber nicht dahin gehen durch Dorf- und Nachbarwege eine directe, für jedes Fuhrwerk stets fahrbare Verbindung von Ort zu Ort herzustellen. Das ist unausführbar. Zu keiner Zeit werden die Communicationswege im Stande sein, der Last der Frachtwagen zu widerstehen. Um Lasten zu transportiren, von 80 und mehr Centnern, zu jeder Jahreszeit kann kein Communicationsweg hergestellt werden. Nur im heißesten Sommer würde ein Communicationsweg dazu gebraucht werden können. Natürlich müssen, wenn in einigen Gegenden des Landes sich ringsum keine Chausseen finden, oder sie unzweckmäßig angelegt sind, auch die Communicationswege in dieser Gegend schlecht sein. Ich könnte eine Menge Beweise anführen, daß es nur an dem Mangel an einer nöthwendigen Chaussee lag, daß die Communicationswege nicht hergestellt wurden. Der beste Wille muß bei dem Mangel von chausfirten Commercialstraßen erlahmen. Es sind in diesen Mauern Klagen genug über Belastungen durch Straßenbau laut geworden und die vorliegenden Petitionen geben einen neuen Beleg dazu. Man fordert von den Communen die Herstellung der Wege mittelst Steinunterlagen und Steinknack. Natürlich kann eine Commune solche Wege nicht in Stand setzen, wie viel weniger die stete Unterhaltung derselben leisten. Diese müssen also in kurzer Zeit wieder zu Grunde gehen und kehren nicht einmal in den frühern Stand zurück, sondern sie werden noch schlechter, als sie anfänglich waren, so daß sie einem gefrorenen Meere gleichen, auf welchem weder des Winters noch des Sommers fortzukommen ist, und wir brauchen nicht weit zu gehen, um